

Die Ausbreitung der Altersarmut in Deutschland hat längst begonnen. Schon deshalb greift eine "Zuschussrente" zu kurz, die lediglich armutsbedrohte zukünftige Rentner besser stellen soll. Zu diesem Schluss kommt Eric Seils.* Der Sozialversicherungsexperte im WSI hat dazu neue Zahlen des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Zwar lag die Armutsquote bei Personen über 65 Jahren 2011 mit 13,3 Prozent etwas unter dem Durchschnitt aller Altersgruppen. Dieser betrug 15,1 Prozent. Seit 2005 hat die Armut unter Senioren aber deutlich stärker zugenommen als bei Jüngeren - ihre Armutsquote stieg um 2,3 Prozentpunkte. Die Zahl armer Älterer war 2011 damit um etwa eine halbe Million höher als sechs Jahre zuvor. Arm ist nach wissenschaftlicher Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Im vergangenen Jahr waren das für Alleinstehende 848 Euro im Monat.

Sogar bei 13,8 Prozent lag 2011 die Armutsquote der Rentner und Pensionäre über 65 Jahre. Nicht erfasst sind damit Menschen unter 65, die vorzeitig in Ruhestand gegangen sind oder eine Erwerbsminderungsrente beziehen. Seit 2005 nahm die Armut unter Rentnern deutlich stärker zu als unter Erwerbstätigen, mittlerweile liegt die Quote um sechs Prozentpunkte höher. "Die Daten machen deutlich: Altersarmut droht nicht erst in der Zukunft. Sie wächst bereits seit Jahren", sagt Seils. Die "Zuschussrente" der Bundesarbeitsministerin berücksichtigt das nicht.

* Eric Seils forscht im WSI-Projekt Sozialversicherung: Wandel, Wirkung, Weiterentwicklung Download unter www.boecklerimpuls.de

USA

Gewerkschaften stärken Gesetzestreue

Wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt, steigt die Kriminalitätsrate. Das zeigt eine empirische Untersuchung aus den USA.

Mitgliederstarke Gewerkschaften tragen indirekt zur Vermeidung von Eigentumsdelikten bei. Zu diesem Ergebnis kommen die US-amerikanischen Ökonomen Robert Baumann und Bryan Engelhardt vom College of the Holy Cross in Worcester, Massachusetts.* Organisationsgrad und Verbrechensrate hängen ihrer Studie zufolge deshalb zusammen, weil Gewerkschaften die Einkommensverteilung beeinflussen: Je mehr Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind, desto höher ist ihre Verhandlungsmacht und damit auch das Lohnniveau. Insbesondere Geringverdiener profitierten davon, schreiben Baumann und Engelhardt. Die Löhne wiederum wirkten sich auf die sogenannten Opportunitätskosten von Kriminalität aus. Damit ist gemeint, dass Straftaten aus Sicht möglicher Delinquenten riskanter sind, wenn es gut bezahlte legale Jobs gibt. Denn wer gefasst und zu einer Haftstrafe verurteilt wird, muss auf Einkommen aus regulärer Erwerbsarbeit verzichten.

Verbrechen sollten daher mit steigenden Löhnen unattraktiver werden. Empirisch haben die Wirtschaftswissenschaft-

ler diese These für die USA überprüft. Grundlage ihrer Berechnungen ist ein Datensatz des FBI über Eigentumsdelikte in den amerikanischen Bundesstaaten zwischen 1993 und 2006. Das Resultat: Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an allen Beschäftigten wirkt sich tatsächlich auf die Kriminalitätsrate aus. Der Zusammenhang ist statistisch auch dann signifikant, wenn andere relevante Faktoren wie beispielsweise das Bildungsniveau der Bevölkerung kontrolliert werden. Sinke der gewerkschaftliche Organisationsgrad um einen Prozentpunkt, so Baumann und Engelhardt, steige die Zahl der Eigentumsdelikte um 80 bis 140 pro 100.000 Einwohner. Verglichen mit den US-amerikanischen Durchschnittswerten entspreche dies einer Zunahme um 2,3 bis 4 Prozent. Für sich genommen hätte demnach der Rückgang des Organisationsgrads um 3,7 Prozent seit 1993 die Kriminalitätsrate in den USA um bis zu 15 Prozent erhöht.

* Quelle: Robert Baumann, Bryan Engelhardt: Crime and the Decline of Unions, in: Labour 2/2012

Download unter www.boecklerimpuls.de

6